



Bundestagswahl 2021:

Die Parteien im ver.di-Check



Übersicht

Bundestagswahl 2021: Die Parteien im ver.di-Check	4
Postalische Dienste / Paketdienste	5
(Lkw-) Fahrer*innen & Infrastruktur	7
Arbeitsbedingungen in der Branche	9
Arbeitszeit	9
Befristungen	12
Leiharbeit/Werkverträge	14
Subunternehmen	16
Ausbildung	18
Mitbestimmung	20
Tarifbindung	23
Öffentliche Daseinsvorsorge	26
Mindestlohn	28
Zum Schluss	30

Herausgeber:

ver.di-Bundesvorstand
Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

FB102107017

Alle Angaben in dieser Broschüre ohne Gewähr.



Bundestagswahl 2021: Die Parteien im ver.di-Check - DEINE STIMME ZÄHLT -

Am 26. September ist Bundestagswahl und viele fragen sich, welche Partei sie wählen sollen oder ob sie überhaupt mitwählen werden. Auch wenn politische Entscheidungen nicht jeden Tag nur Freude machen, so ist jede Wahlstimme in einem demokratischen Land wichtig und entscheidet mit über die Richtung der Politik, die in Zukunft in diesem Land gemacht wird.

Wir verbringen einen großen Teil unseres Lebens mit Arbeit. Als Gewerkschaft ver.di gestalten wir die Arbeitsbedingungen in den Branchen und Betrieben. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern haben wir viel erreicht. „Gute Arbeit“ soll es sein und nicht „Hauptsache Arbeit“. Vieles was dazu erforderlich ist, setzen wir alleine durch mit Mut, Kraft und Durchsetzungsstärke um. Aber immer wenn es gesetzliche Regelungen sind, die die Arbeitsbedingungen und Sozialpolitik festlegen, geht es nicht ohne die politischen Parteien. Deshalb ist es auch nicht egal, wer im Bundestag sitzt. Sollen es diejenigen sein, die Politik für Arbeitgeber*innen und Wohlhabende machen? Oder besser doch diejenigen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der allermeisten Menschen fest im Blick haben?

ver.di ruft wie immer nicht zur Wahl einer bestimmten Partei auf, sondern möchte dich unterstützen bei deiner Entscheidungsfindung. Deshalb haben wir uns im Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik einige Themen herausgesucht, die in unseren Branchen eine wichtige Rolle spielen. Wir haben in den Wahlprogrammen nachgelesen, welche Positionen die Parteien dazu einnehmen. Nicht alle Parteien machen konkrete Aussagen zu unseren Schwerpunktthemen und oftmals waren diese auch nicht genau zuzuordnen.

Wir haben außerdem viele weitere wichtige Themen nicht aufgeführt, die in anderen Bereichen unserer ver.di in den Fokus gestellt werden. Wir empfehlen dir deshalb auch auf die Internetseite der ver.di zu gehen. Dort findest du unsere detaillierten Positionspapiere und viele weitere Informationen zu den Bundestagswahlen. <https://verdi-waehlt.verdi.de/>

Deine Stimme zählt! Jede Stimme zählt! – deshalb: Wählen gehen!

Postalische Dienste/Paketsdienste

Eine flächendeckende Zustellung von Briefen und Paketen, wie sie der Universaldienst vorsieht, ist für ver.di unverzichtbar und muss nachhaltig gesichert werden. Die Bevölkerung und die Wirtschaft in Deutschland / Europa sind darauf angewiesen. Den Rahmen dafür muss die Politik gestalten.

Für Briefdienstleister gilt die Lizenzpflicht, die **Arbeitsbedingungen, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Fachkunde** für den Arbeitgeber festlegt. Paketsdienstleister wiederum müssen bei der Bundesnetzagentur ihre Tätigkeit lediglich anzeigen. Wie die **wesentlichen Arbeitsbedingungen aussehen, dazu gehören insbesondere Angaben darüber, in welchem Umfang sozialversicherungspflichtige bzw. nicht sozialversicherungspflichtige Kräfte von ihm mit der Ausübung der Tätigkeit betraut werden und in welcher Höhe die Beschäftigten entlohnt werden (durchschnittlicher Stundenlohn)**, wird in diesem Zusammenhang nicht geprüft.

In Zeiten des boomenden Onlinehandels ist diese Unterscheidung für den Post- und Paketmarkt nicht mehr vertretbar. Zudem birgt dies das Risiko, dass nicht tarifgebundene Unternehmen die Preise der Sendungen zu Lasten der Beschäftigten drücken, was wiederum den Druck auf die tarifgebundenen Unternehmen mit guten, hart erkämpften Tarifverträgen erhöht.

Deswegen fordert ver.di:

Paketsdienstleister (dies umfasst auch die Sortierung und Zustellung von Paketen des Onlinehändlers Amazon) müssen zukünftig einen Nachweis der Arbeitsbedingungen, Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde gegenüber der Bundesnetzagentur erbringen und somit ebenfalls der Lizenzpflicht unterliegen. Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Dienstleister in der Branche. ver.di fordert deshalb auch gleiche Bedingungen für alle Dienstleister in der Branche.



Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
–	<p>Eine Zerschlagung der Deutschen Post und eine vollständige Privatisierung werden wir verhindern und unfaire Wettbewerbsvorteile von Digitalkonzernen auch in diesem Bereich beseitigen. Wir werden die Branche sozial und ökologisch ausrichten.</p>	<p>Plattformen müssen umfassend reguliert werden, um Grundrechte zu schützen, wachsende wirtschaftliche Macht zu begrenzen, faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen sicherzustellen sowie gemeinwohlorientierte Innovationen zu ermöglichen. Europa braucht öffentlichrechtliche wie auch gemeinnützige Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.</p>	<p>Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen. Sie dienen als Orte der Begegnung und bieten grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank an. DIE LINKE kämpft dafür, Unternehmen der Daseinsvorsorge, Banken und Versicherungen, Energiekonzerne, Unternehmen der Pharma- und medizinischen Industrie, der Post, der Telekommunikationsinfrastruktur sowie weiterer Schlüsselindustrien in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern eine Beteiligungsbremse für den Staat. Unnötige staatliche Beteiligungen sowie alle Unternehmensanteile, die nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, müssen verkauft werden – hier insbesondere Post und Telekom.</p>

[Lkw-]Fahrer*innen & Infrastruktur

Wer für uns alle tagtäglich auf den Straßen unterwegs ist, braucht eine gute Infrastruktur und klare Regelungen zu Arbeits- und Ruhezeiten. Es braucht eine (Neu-)Regulierung der Höchstarbeitszeit für Fahrer*innen. Reduzierte Ruhezeiten für Fahrer*innen müssen abgeschafft werden. Um den CO₂-Ausstoß drastisch einzudämmen, müssen Fuhrparks umgerüstet und die Logistikketten entsprechend nachhaltig geplant werden.

Rastplätze und Autohöfe müssen aus ver.di-Sicht qualitativ ausgebaut werden, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Berufskraftfahrer*innen besser gewährleisten zu können. ver.di setzt sich u. a. zusammen mit dem Verein Sozialmaut-EU dafür ein, dass je ein Cent pro gefahrenem Mautkilometer dafür aufgewendet wird. Zusätzlich muss durch engmaschigere Kontrollen sichergestellt werden, dass die Fahrer*innen ihre Lenk- und Ruhezeiten einhalten (können). Nur durch mehr Kontrollen können auch Sozialdumping zurückgedrängt und tarifliche Arbeitsplätze geschützt werden.



Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten soll auf null sinken. In den letzten Jahren ist die Zahl der Verkehrstoten bereits deutlich gesunken. Die Einführung von Fahrerassistenzsystemen und automatisierten Fahrfunktionen zur Erhöhung der Sicherheit werden wir weiter vorantreiben und fördern. Dies gilt insbesondere für den Lkw- und Pkw-Verkehr. Und auch im Bereich der Mobilität, kurz- und mittelfristig für den Lkw- und Schiffsverkehr, können wir durch den Einsatz von Wasserstoff erheblich zur Reduzierung von CO₂ beitragen.</p>	<p>Wir werden in die Erneuerung und Digitalisierung von Loks und Waggons investieren. Wir werden die Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße parallel zum Kapazitätsaufbau im Schienengüterverkehr verringern. Die Potenziale unserer Wasserstraßen werden wir stärker nutzen, um mehr Güterverkehr vom Lkw auf die umweltfreundliche Binnenschifffahrt zu verlagern.</p>	<p>Auch der Güterverkehr muss klimaneutral und schadstofffrei werden. Für diese Aufgabe müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, insbesondere die Verlagerung von Straße und Flugzeug auf Bahn und emissionsfreie Schiffe sowie der Umstieg auf alternative Antriebssysteme, der Bau und Ausbau von Oberleitungen auf Straße und Schiene und die Förderung des kombinierten Güterverkehrs Straße-Schiene.</p>	<p>Wir wollen längere Ruhezeiten und bessere Arbeitsbedingungen für Lkw-Fahrer*innen durchsetzen.</p> <p>Güterverkehr verringern und auf die Schiene bringen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern eine ganzheitliche Infrastrukturstrategie für Europa und den Ausbau trans-europäischer Transportnetze. Ein gut ausgebautes (Hochgeschwindigkeits-) Schienennetz gehört genauso dazu wie leistungsstarke Hafenanlagen, Flugplätze und Fernstraßen.</p>

Arbeitsbedingungen in der Branche

Gute Arbeitsbedingungen sichern ein gutes und gesundes Leben bis zur Rente und weit darüber hinaus. In unserer Branche werden diese maßgeblich durch die Arbeitszeit und die Anstellungsbedingungen geprägt. Im Folgenden prüfen wir die Aussagen der Parteien mit Blick auf diese wichtigen Aspekte.

Arbeitszeit

Das Arbeitszeitgesetz ist eine wichtige Errungenschaft für den Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Es darf deshalb keine weiteren Öffnungen oder Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes zu Lasten der Beschäftigten geben.

Noch in 2020 leisteten Beschäftigte in Deutschland 892 Millionen unbezahlte Überstunden. Damit muss Schluss sein. Deshalb muss die verpflichtende Arbeitszeiterfassung durch den Arbeitgeber strikter umgesetzt und durch die Behörden kontrolliert werden.



Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Wir wollen das Arbeitszeitgesetz reformieren und die Spielräume des EU-Rechts nutzen. Anstelle der täglichen soll eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit treten. Die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten müssen dabei im Sinne des Arbeitnehmerschutzes gewährleistet bleiben. Dabei werden wir Missbrauch und Entgrenzung verhindern. Eine Abweichung von der bisherigen Tageshöchst Arbeitszeit kommt deshalb nur für nicht gefahrgeneigte Berufe in Betracht.</p>	<p>Bereits jetzt besteht die Möglichkeit, dass Arbeitnehmer*innen ihre geleisteten Arbeitsstunden auf Langzeitkonten ansparen. Allerdings besteht bislang kein rechtlicher Anspruch darauf und nur ein kleiner Teil der Unternehmen und Arbeitnehmer*innen nutzt Langzeitkonten. Wir werden das Instrument zu einem persönlichen Zeitkonto weiterentwickeln, um zusätzlich individuelle Gestaltungsmöglichkeiten entlang des Lebenslaufs zu schaffen. Basis eines solchen Zeitkontos sind Zeiteinzahlungen der Beschäftigten – auf diese Weise gehen Überstunden nicht verloren, sondern verwandeln</p>	<p>[...] braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen [...] sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken. Gleichzeitig soll durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt werden, sodass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys und für gesellschaftliches Engagement haben. Das darf kein Privileg derjenigen bleiben, die es sich leisten können. In Zeiten der Erziehung, Pflege und Weiterbildung braucht es eine solidarische Unterstützung und Förderung.</p>	<p>Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl im Arbeitsvertrag von 22 Stunden pro Woche für alle Beschäftigten einführen.</p> <p>Die gesetzliche Höchst Arbeitszeit wollen wir auf maximal 40 Stunden pro Woche begrenzen.</p> <p>Arbeit auf Abruf wird aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gestrichen.</p> <p>Wir wollen ein Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten.</p> <p>Recht auf Auszeiten: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen eine wöchentliche statt einer täglichen Höchst Arbeitszeit. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein. Die Summe der täglich notwendigen Ruhezeit bleibt bestehen. Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht. Bei mobiler Arbeit und im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung</p>

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
	<p>sich in ein Zeitgut- haben, das per Tarifvertrag oder durch den Staat nach dem Prinzip eines Chancen- kontos aufgestockt werden kann. Eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit schlie- ßen wir aus. Wenn die Arbeit durch Produktivitäts- gewinne weniger werden sollte, müssen alle davon profitieren. Da wo Gewerkschaften für die Absenkung von Arbeitszeit streiten, um mehr selbstbestimmte Zeit zu ermöglichen oder Beschäftigung zu sichern, stehen wir an ihrer Seite.</p>	<p>Auch Menschen mit niedrigem Einkommen sollen sich Auszeiten leisten können.</p>	<p>haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr) verbunden mit einem Rückkehr- recht.</p>	<p>gelten. Denn bei mobiler Arbeit kann der Arbeit- geber nicht für den richtigen Lichteinfall und Ähnliches verant- wortlich sein.</p>



Befristungen

In unseren Branchen haben viel zu viele Beschäftigte einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei der Deutschen Post AG zum Beispiel gibt es Standorte, an denen jede*r Dritte einen Arbeitsvertrag mit Ablaufdatum hat. Befristungen mit Sachgrund können durch den Arbeitgeber schier endlos aneinandergereiht werden. Diese Kettenbefristungen bedeuten jahrelange Unsicherheit für unsere Kolleg*innen.

Befristete Arbeitsverträge wirken sich negativ auf das Leben der Beschäftigten aus und stellen oft eine starke Belastung dar. Befristet Beschäftigte haben Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, bekommen keinen Kredit bei der Bank und können ihre Zukunft nicht planen.

Die Koalition aus CDU und SPD wollte die Befristungen, so wie sie jetzt möglich sind, bereits während ihrer Regierungszeit abschaffen. Im Koalitionsvertrag steht bis ins kleinste Detail beschrieben, wie das Gesetz zugunsten der Beschäftigten verändert werden sollte. Doch nichts ist passiert. Der Vorstoß des Bundesarbeitsministers, noch vor den Wahlen den Koalitionsvertrag endlich umzusetzen, lief ins Leere und wurde vom Bundeskanzleramt bis heute gestoppt.

Die nächste Regierung muss die missbräuchliche Ausnutzung des Gesetzes durch die Arbeitgeber endlich beenden und Anpassungen vornehmen.

Die sachgrundlose Befristung muss abgeschafft werden und Kettenbefristungen müssen überwunden werden.

Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	
<p>Befristete Arbeitsverhältnisse sollen die Ausnahme sein. Wir lehnen die Ausweitung von Kettenbefristungen ab. Die sachgrundlose Befristung soll auch weiterhin in den Unternehmen die Ausnahme bleiben und darf für den Beschäftigten grundsätzlich zwei Jahre nicht überschreiten. Missbrauch werden wir verhindern.</p>	<p>Die Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen.</p>	<p>Für ihre Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit, auch im Erwerbsleben. Dazu gehören ein effektiver Kündigungsschutz, flexible und gerecht aufgeteilte Elternzeit, faire Tariflöhne und als Grundsatz unbefristete Arbeitsverträge.</p>	<p>Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen, Mini- und Midijobs drücken auf die Löhne, schwächen die Sozialversicherung und die Beschäftigten sind kaum gegen Entlassungen geschützt. Wir wollen sie in gut bezahlte, tarifliche Arbeitsverhältnisse überführen.</p>	<p>für die Befristung von Arbeitsverträgen sein. Der dritte Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss zwingend unbefristet sein.</p>
			<p>FDP</p>	<p>–</p>
			<p>Befristungen stoppen! Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden. Bei öffentlicher Finanzierung soll die Befristung der Haushaltsmittel oder von Projektgeldern kein zulässiger Grund mehr</p>	<p>–</p>



Leiharbeit / Werkverträge

Werkverträge und Leiharbeit prägen die Speditions-, Logistik- und Paketdienstbranche. Die Arbeitgeber entledigen sich damit der Verantwortung für die Menschen, die für sie die Arbeit verrichten und die ihnen die Gewinne erarbeiten.

Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen müssen gesetzlich massiv eingedämmt werden. Dazu braucht es die gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen für Leiharbeit vom ersten Einsatztag an.

Die Höchstüberlassungsdauer muss auf den Arbeitsplatz bezogen werden und nicht länger auf die Person, die dort arbeitet. Leiharbeitnehmende müssen bei allen Schwellenwerten in Arbeits- und Mitbestimmungsgesetzen berücksichtigt werden, denn es gibt in unseren Branchen Betriebe, in denen es weniger Festangestellte als Leiharbeitnehmende gibt. In Konzernen darf es keinen Verleih an Konzerntöchter geben, wenn dort die Arbeitsbedingungen schlechter sind. Wer flexibel arbeitet, soll dafür auch eine Flexibilitätszulage von 10 % erhalten.

Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
Werk- und Dienstverträge sind ein elementarer Bestandteil unseres funktionierenden Arbeitsmarktes. Sie unterstützen Spezialisierung, Aufgabenverteilung, Innovation, Qualität, Selbstständigkeit und Arbeitsverhältnisse. Ihrer missbräuchlichen Anwendungen treten wir durch wirksame Arbeits-	Leiharbeiter*innen werden ab dem ersten Tag den gleichen Lohn erhalten wie Festangestellte.	Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung und Arbeit hervor, oftmals jenseits einer Festanstellung. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine soziale Sicherung, die alle Bürger*innen absichert.	Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen, Mini- und Midijobs drücken auf die Löhne, schwächen die Sozialversicherung und die Beschäftigten sind kaum gegen Entlassungen geschützt. Wir wollen sie in gut bezahlte, tarifliche Arbeitsverhältnisse überführen.	Wir Freie Demokraten wollen, dass Zeitarbeit dieselbe Wertschätzung erfährt wie jede andere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch. Zeitarbeit sichert Teilhabe für die Beschäftigten und Flexibilität für die Unternehmen. Unnötige gesetz-

CDU	DIE LINKE		FDP
<p>schutzkontrollen entschieden entgegen.</p>	<p>Lohndumping durch Werkverträge und Leiharbeit beenden. Wir wollen Leiharbeit verbieten. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leiharbeiter*innen ab dem ersten Tag die gleichen Löhne wie für Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent erhalten. Die Vergabe von Werkverträgen und der Einsatz von Leiharbeit müssen an die Zustimmung des Betriebsrates und die Einhaltung der im Kernbetrieb gültigen Tarifverträge gebunden werden. Um den Missbrauch von Werkverträgen zu unterbinden, muss die Beweislast künftig beim Arbeitgeber liegen. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss an den Arbeitsplatz</p>	<p>statt an die Person der Beschäftigten gebunden werden. Die Vermittlung Erwerbsloser in Leiharbeit durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter muss beendet werden.</p>	<p>liche Sondervorschriften zur Zeitarbeit behindern aber die Integrationsfunktion der Zeitarbeit in den Arbeitsmarkt und führen zu zusätzlicher Bürokratie. Das wollen wir ändern und zum Beispiel die Höchstüberlassungsdauer aufheben.</p>



Subunternehmen

Die Einführung des Gesetzes zur Nachunternehmerhaftung war ein großer Erfolg für ver.di und die Beschäftigten. Es verpflichtet z.B. große Paketdienstleister, die Sozialabgaben für die Beschäftigten der Subunternehmen zu zahlen, wenn diese ihren Pflichten nicht selbst nachkommen.

Immer wieder häufen sich jedoch die Berichte über Zollkontrollen, bei denen besonders häufig Verstöße durch Subunternehmen in der Branche festgestellt werden. Während tarifgebundene Unternehmen häufiger auf Eigenbeschäftigung setzen, greifen deren Wettbewerber auf Subunternehmen zurück und heizen damit Lohndumping und prekäre Beschäftigung in der Branche an.

Im Kerngeschäft der Paketdienstleister – der Sortierung und der Auslieferung von Paketsendungen – muss der Einsatz von Fremdpersonal deshalb gesetzlich ausgeschlossen werden. Paketdienste sollen verpflichtet werden, ihre Zusteller*innen direkt bei sich anzustellen. Dies schließt auch die Eigenzustellung durch Onlinehändler ein.

Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Wir werden Scheinselbstständigkeit verhindern und gleichzeitig mehr Rechtssicherheit für Selbstständige und ihre Auftraggeber schaffen. Daher haben wir in einem ersten Schritt noch 2021 das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige vereinfacht und beschleunigt.</p>	<p>–</p>	<p>–</p>	<p>Die Auslagerungsmöglichkeit auf Subunternehmen muss eng begrenzt werden und an die Fortgeltung der bestehenden Tarifverträge gebunden werden.</p> <p>Beschäftigten über Plattformen müssen die vollen Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie Sozialversicherungsschutz zustehen. Das betrifft auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Pflicht des Arbeitgebers, die Arbeitsgeräte zu stellen.</p>	<p>–</p>



Ausbildung

Wir machen uns weiterhin für die duale Berufsausbildung in der Branche stark. Es braucht eine verbindliche Ausbildungsquote und eine garantierte Übernahme in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Duale Ausbildung kann und darf nicht durch oberflächliches Anlernen ersetzt werden.

In der Logistik ist eine Anpassung der Ausbildung aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung nötig.

Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns ein Herzensanliegen. Eine Karriere in der beruflichen Bildung muss als gleichwertige Alternative zum Studium für jeden und jede erkennbar sein. Duale Studiengänge leisten einen wichtigen Beitrag bei der Verknüpfung von beruflicher und akademischer Qualifizierung. Wir wollen sie weiter ausbauen, vor allem in den Ingenieurwissenschaften, Informatik,</p>	<p>Für uns bleibt die Vermittlung junger Menschen in eine betriebliche Ausbildung oberstes Ziel. Denn die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das wir vollumfänglich stärken wollen. Alle Unternehmen, vor allem größere, müssen jedoch mehr Verantwortung für die Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen übernehmen. Wir unterstützen das Mittel der Umlagen bzw. Fonds, beispielsweise branchenbezogen dort, wo unterhalb</p>	<p>Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule unserer Arbeitswelt. Es gewährleistet eine hohe Qualifikation und umfassende Kompetenzentwicklung. Studium und Berufsausbildung in Verbindung mit beruflicher Erfahrung sind grundsätzlich gleichwertig. Die Rechte von Auszubildenden müssen gestärkt werden und es braucht mehr betriebliche Mitbestimmung. Ausbildungen sie</p>	<p>Auszubildende brauchen eine Ausbildungsvergütung, die zum Leben unabhängig von den Eltern reicht. Die gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung, die im Jahr 2020 eingeführt wurde, genügt diesem Anspruch nicht. Wir unterstützen die Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugend bei ihrem Kampf um bessere tarifvertragliche Lösungen. Wir wollen eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), in der die</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen unser erfolgreiches berufliches Bildungssystem [...] stärken und fit für die Zukunft machen.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen artverwandte Berufe nach Maßgabe der Sozialpartner in Berufsfelder zusammenfassen [Anm. d. Red.: „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“]. In einer ersten Ausbildungsphase sollen zunächst gemeinsame Kompetenzen erworben werden.</p>

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Betriebswirtschaftslehre sowie in den Sozial- und Gesundheitswissenschaften.</p>	<p>des Bedarfs ausgebildet wird.</p>	<p>Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt werden. Aus- und Weiterbildung muss inklusiv sein. Sie muss in Teilzeit und modular möglich sein.</p>	<p>Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Mittelpunkt gerückt und ein Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Ausbildung verankert wird. Die Mitbestimmung der Auszubildenden wollen wir stärken.</p>	<p>Berufsübergreifende Kompetenzen schaffen berufliche Mobilität und Selbstbestimmung, ohne spezialisierte Kompetenzen in der Ausbildung zu vernachlässigen.</p> <p>Die berufliche Ausbildung selbst wollen wir durchlässiger gestalten. Hierzu wollen wir Teilqualifizierungen ausbauen, die Ausbildungsdauer flexibilisieren, digitale Ausbildungsangebote fördern und verstärkt Teilzeitausbildungen ermöglichen.</p>



Mitbestimmung

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Digitalisierung muss auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt werden. Das muss sich in der betrieblichen Mitbestimmung auf allen Ebenen spiegeln. Betriebs- und Personalräte brauchen deshalb mehr Mitbestimmungs- und Initiativrechte. Wir können bei drängenden Themen nicht auf die Freiwilligkeit der Beteiligung der Arbeitnehmer*innen durch die Arbeitgeber warten. Das gilt besonders für die Bereiche der Personalbemessung, den Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Weiterbildung, dem Fremdpersonaleinsatz, der Beschäftigungssicherung und beim Einsatz künstlicher Intelligenz.

Der Betriebsbegriff muss angepasst werden, da Arbeit nicht nur in den Arbeitsstätten verrichtet wird, z.B. durch mobile Arbeit.

Die Unternehmensmitbestimmung muss auch in kleineren Unternehmen gelten. Das doppelte Stimmrecht der Aufsichtsratsvorsitzenden soll durch eine Schlichtung ersetzt werden. Dies garantiert echte Mitbestimmung der Beschäftigtenseite.

Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine verlässliche Mitbestimmung setzen können und möglichst viele Beschäftigte durch Betriebs- und Personalräte vertreten werden. Zuallererst [sind] die Tarifpartner in der Pflicht. Ihre Aufgabe ist es, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen und tragfähige Lösungen für den Wandel der Arbeitswelt zu finden.</p> <p>Wir werden den Tarifpartnern möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen. Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und</p>	<p>Wir werden [die Mitbestimmung] auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform erweitern. Wir werden den Geltungsbereich der Mitbestimmung durch die Absenkung der Schwellenwerte der Unternehmensgrößen erweitern. Entscheidungen zur Verlagerung oder Schließungen von Betriebsstandorten sollen nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg getroffen werden. Darum stärken wir durch eine echte Parität in den Aufsichtsräten den Einfluss der Arbeitnehmer*innen.</p> <p>Die letzte große Reform der Betriebsverfassung liegt 20 Jahre zurück und braucht ein Update.</p>	<p>Digitalisierung: Es gilt die Potenziale für gute Arbeit zu nutzen, indem die Mitbestimmung gestärkt wird.</p> <p>Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln. Wirtschaftliche Staatsbürger*innen-Rechte sind Teil der individuellen demokratischen Rechte. Die sozial ökologische Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionär*innen-Beteiligung sowie gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften. Im Sinne einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, soll selbst-</p>	<p>Mitbestimmung ausbauen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen – Personabemes- sung und eine Anti-Stress-Verordnung – Prävention von Belastungen – Mitbestimmungs- und Initiativrecht für betriebliche Aus-, Weiter- und Fortbildung – und bei der Neuausrichtung der Unternehmen – Wahlverfahren für Betriebsrats- wahlen wird für alle Betriebe vereinfacht. 	<p>–</p>



Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>vertraglicher Ebene werden den differenzierten Bedürfnissen eher gerecht. Wir werden die Tarifpartner dabei flankierend unterstützen und dort, wo es nötig ist, auch gesetzgeberisch eingreifen. Wir werden die Möglichkeit von Online-Wahlen schaffen, wenn der Wahlvorstand diese befürwortet – auch um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Wie mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz begonnen, werden wir auch in den kommenden Jahren in einer digitalen Arbeitswelt unsere Mitbestimmungskultur erhalten und Mitbestimmungsrechte sichern.</p>	<p>Unsere Ziele: Mehr echte Mitbestimmungsrechte bei der Beschäftigten-sicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen, beim Einsatz neuer Technologien und Arbeitsweisen wie die der Künstlichen Intelligenz (KI), bei der Personalbemessung, damit Überlastungen beseitigt werden und bei der betrieblichen Weiterbildung als eine zentrale Voraussetzung für gelungenen Wandel. Wir werden den Kündigungsschutz für Betriebsrät*innen ausweiten und eine Behinderung von Betriebsratsarbeit stärker verfolgen.</p>	<p>verständlich sein, dass alle Stakeholder und Betroffenen ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten. Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen wollen wir stärken und ausbauen. Es muss europäische Standards für die Mitbestimmung geben.</p>	<p>– Die Unternehmensmitbestimmung muss auf alle Unternehmen mit mehr als 200 Mitarbeiter*innen und Standortniederlassungen in Deutschland ausgeweitet werden.</p>	

Tarifbindung

Tarifverträge werden von unseren ver.di-Mitgliedern erkämpft. Sie sind Errungenschaften teils zäher Verhandlungen und müssen oftmals durch Arbeitskämpfe durchgesetzt werden. Sie gilt es zu erhalten, zu stärken und zu verteidigen gegen Versuche der Arbeitgeber, aus diesen gegenseitig geschlossenen Verträgen zu flüchten.

Dafür braucht es aus ver.di-Sicht u.a. folgende gesetzliche Maßnahmen:

Öffentliche Aufträge dürfen nur an tarifgebundene Unternehmen erteilt werden. Dafür braucht es ein Bundestariftreuegesetz.

Mitgliedschaften ohne Tarifbindung in Arbeitgeberverbänden müssen abgeschafft werden. Nur Unternehmen, die sich an Tarifverträge in einer Branche halten, sollen in diese Verbände eintreten dürfen.

Wir brauchen dringend eine Reform der Allgemeinverbindlichkeitserklärung, um den Wettbewerb über Lohndumping zu beenden.

Die Nachbindung und Nachwirkung von Tarifverträgen muss ausgeweitet werden, wenn Arbeitgeber durch zum Beispiel Unternehmensteilungen oder Outsourcing aus der Tarifbindung flüchten.



Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Im Rahmen der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ sollen die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, insbesondere global agierende Konzerne stärker in die soziale Verantwortung zu nehmen und Strukturen von Sozialpartnerschaften zu schaffen und auszubauen. Denn gerechte Löhne entstehen nur durch Tarifverträge, die von den Sozialpartnern der Mitgliedstaaten ausgehandelt werden.</p> <p>Die Sozialpartnerschaft, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung haben wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland</p>	<p>Wir werden die Möglichkeit vereinfachen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Tarifverträge müssen auch weiter gelten, wenn Betriebe aufgespalten und ausgelagert werden. Wir wollen, dass möglichst viele Unternehmen sich an den Tarifverträgen beteiligen. Die Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung ist unanständig. Wir werden diese Praxis zurückdrängen. Ein öffentlicher Auftrag darf nur an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen.</p>	<p>Die Tarifbindung muss gestärkt werden und die öffentliche Hand soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Dafür braucht es handlungsfähige Sozialpartner, starke Gewerkschaften ebenso wie verlässliche Arbeitgeberverbände.</p> <p>Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und Vergemeinschaftung von wettbewerbsensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von Unternehmensgewinnen oder dem CO₂-Verbrauch. Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt werden.</p>	<p>Die Gewerkschaften müssen ein umfassendes Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen erhalten sowie das Recht zu Kollektivbeschwerden nach dem Protokoll der Europäischen Sozialcharta.</p> <p>Das Tarifeinheitsgesetz muss zurückgenommen werden, da mit ihm eine Einschränkung des Streikrechts verbunden ist. [Anm. d. Red.: an anderer Stelle in Zus.hang Pflege: „Es muss gelten: Ein Haus, ein Tarif“] OT-Mitgliedschaften („Ohne Tarif“) in Arbeitgeberverbänden müssen abgeschafft werden.</p>	<p>Tarifautonomie in der Arbeitnehmerüberlassung stärken.</p>

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	
<p>eine weltweit führende Industrienation geworden ist. Wir vertrauen auch in Zukunft auf die Sozialpartnerschaft.</p> <p>Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. Dieses Instrument werden wir stärken.</p>	<p>Dazu schaffen wir ein Bundestariftreuegesetz. Eine bessere Tarifbindung ist darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung, die Lohnangleichung zwischen Ost und West durchzusetzen.</p>	<p>Tariftreue muss Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein.</p>	<p>Keine Steuergelder ohne Gegenleistung – staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voranzutreiben, Planungssicherheit und sichere Einkommen für die Beschäftigten zu garantieren.</p> <p>Wir wollen einheitliche Tarifgebiete in Ost und West.</p> <p>Die Vergabe öffentlicher Aufträge binden</p>	<p>wir an Kriterien:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Tariftreue, 2. ökologisches Wirtschaften, 3. kurze Wege und Transportvermeidung.



Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Öffentliche Daseinsvorsorge garantiert ein gutes Netz an grundlegenden Dienstleistungen für uns alle. Dafür müssen die Kommunen finanziell gestärkt werden. Gerade im ländlichen Raum braucht es weiterhin vielfältige Angebote und eine verlässliche, leistbare Infrastruktur. Dazu gehört auch eine flächendeckende Versorgung mit postalischen Dienstleistungen.

Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Unser Anspruch ist: Alles muss vom Dorf aus erreichbar sein! Eine gute Versorgung mit allen Leistungen der Daseinsvorsorge, mit Gütern und Dienstleistungen ist möglich, wenn Vor-Ort-Angebote, digitale Möglichkeiten und eine gute Anbindung zusammengebracht werden.</p>	<p>Die Krise hat gezeigt, wie unverzichtbar und wichtig funktionierende Postdienste und Paketdienste für die Daseinsvorsorge in Deutschland sind. Die Arbeitsbedingungen in dieser Branche sind oft schlecht. Es gibt viele ungesicherte Arbeitsverhältnisse durch Scheinselbstständigkeit und Subunternehmertum. [...] Wir werden die Branche sozial und ökologisch ausrichten.</p>	<p>Die Finanzierung einer starken Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe. Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel ist in Zukunft am ökologischen Fußabdruck auszurichten. Zugleich müssen die einzelnen Verkehrsträger für ihre jeweiligen Umweltkosten aufkommen. Statt immer neue Straßen und Autobahnen braucht das Land eine moderne und flächendeckende Infrastruktur für Schienen- und öffentlichen Nahverkehr.</p>	<p>Wir werden jährlich über 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren. Durch höhere Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen können diese Ausgaben mindestens zur Hälfte refinanziert werden. Durch mehr öffentliche Investitionen auf kommunaler, Bundes- und Länderebene und durch eine gerechte Verteilung der Arbeit können über eine Million neuer Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern eine Beteiligungsbremse für den Staat. Unnötige staatliche Beteiligungen sowie alle Unternehmensanteile, die nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören, müssen verkauft werden – hier insbesondere Post und Telekom. Der Erlös kann in die digitale Infrastruktur investiert werden. Staatliche Beteiligungen müssen stärker auf ihre Notwendigkeit überprüft und perspektivisch</p>

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
		<p>Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen sowie soziale Infrastrukturen und bezahlbarer Wohnraum sind sicher zu stellen und müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der Mobilität und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen bleiben.</p>	<p>(um die 30-Stunden pro Woche) geschaffen werden.</p>	<p>abgebaut werden. Neue Beteiligungen sollten nur noch dann zulässig sein, wenn andere entsprechend reduziert werden.</p>



Mindestlohn

Die Einführung des Mindestlohns ist ein lang erkämpfter und großer Erfolg der ver.di. Vor seiner Einführung – und bei jeder Erhöhung durch die Mindestlohnkommission – prophezeite das Arbeitgeberlager den Niedergang der deutschen Wirtschaft. Bislang haben sich weder die befürchteten Masseninsolvenzen noch ein durch den Mindestlohn begründeter Anstieg der Arbeitslosigkeit bewahrheitet.

Mindestlöhne garantieren das absolute Mindestmaß an Vergütung und an Wertschätzung für die geleistete Arbeit. Sie müssen armutsfest sein, das heißt: Wer in Vollzeit arbeitet, soll auch davon leben können – auch im Alter. Deshalb braucht es zügig eine gesetzliche Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro durch die Politik, auch gegen die Klagerufe der Arbeitgeber.

Das sagen die Parteien:

CDU	SPD	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
<p>Minijobs bedeuten Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vieler mittelständischer Betriebe. Wir werden die Minijobgrenze von 450 Euro auf 550 Euro pro Monat erhöhen und diese Grenze mit Blick auf die Entwicklung des Mindestlohns regelmäßig überprüfen.</p>	<p>Wir werden den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.</p>	<p>Darüber hinaus braucht es ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne, ein armutsfester Mindestlohn [...].</p> <p>EU</p> <p>Dafür braucht es gemeinsame soziale Standards, wie etwa zu Mindestlohn, Grundsicherung, sowie eine europaweite Arbeitslosenrückversicherung.</p>	<p>Mit einem Mindestlohn von 13 Euro können wir alle Beschäftigten aus den Armutslöhnen holen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Minijob- und Midijob-Grenze erhöhen und dynamisch an den gesetzlichen Mindestlohn koppeln. Mit jeder Anpassung des Mindestlohns reduzieren sich heute die Stunden, die Beschäftigte im Rahmen eines Mini- beziehungsweise Midijobs arbeiten dürfen. Damit sind Mini- oder Midijobber von Erhöhungen durch die allgemeine Lohnentwicklung abgeschnitten. Das wollen wir ändern und so für mehr Leistungsgerechtigkeit sorgen.</p>



Zum Schluss:

Warum stand vorne nichts zur AfD?

Wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt. In dem Zusammenhang wurde auch beschlossen: ver.di stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit entgegen, und

- klärt über die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Ziele und Vorstellungen von Organisationen und Parteien wie der AfD auf;
- schließt eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen und Parteien aus;
- stellt rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen oder Parteien keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung;
- lädt keine Funktionär*innen, Mandatsträger*innen solcher Organisationen oder Parteien zu Veranstaltungen von ver.di ein.

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise aktuell unter dem Motto „ver.di wählt“ entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

Die Positionen:

Branche	
Post / Paket	Keine Angabe
Fahrer*innen	<ul style="list-style-type: none"> – Mehr Lkw-Parkplätze – Verknüpfung von Straße, Schiene, Schiff
Arbeitsbedingungen	
Arbeitszeit	Keine Angabe
Befristungen	Keine Angabe
Leiharbeit / WV / SubUN	<ul style="list-style-type: none"> – Gleicher Lohn für Leiharbeit – Flexibilitätszuschlag
Ausbildung	Stärkung beruflicher Bildung
Mitbestimmung	Setzen auf Kooperation der Sozialpartner, Regulierung durch Staat einschränken / unterlassen
Tarifbindung	Bekanntnis zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen
Öffentliche Daseinsvorsorge	Daseinsvorsorge in öffentliche Hand, allerdings ohne Regulierung
Mindestlohn	Mindestlohn beibehalten ohne Aussage zur Erhöhung

